

95 Jahre Frauen im SoVD – Jubiläumskonferenz thematisiert Gewalt gegen Frauen

# Mehr Hilfe bei häuslicher Gewalt

## Fortsetzung von Seite 1

sachen ignoriert werden.“ Ein weiteres Problem der Tagesatzfinanzierung: Sie schließt ganze Gruppen vom Schutz der Frauenhäuser aus – so z.B. Migrantinnen mit unsicherem Aufenthalt, Auszubildende, Studentinnen, erwachsene Schülerinnen, z.T. Frauen aus EU-Ländern, Diplomatenfrauen, UN-Angehörige, Frauen mit eigenem Einkommen oder gemeinsamen Vermögen.

Risse zitierte in diesem Zusammenhang eine aktuelle Studie, nach der weltweit die häufigste Todesursache die Folgen sogenannter häuslicher Gewalt sind. Darüber hinaus verwies sie auf die Ergebnisse einer weiteren, erst im März dieses Jahres veröffentlichten Untersuchung, die ein erschreckend hohes Ausmaß von Gewalt gegen Frauen auch in Deutschland aufweisen. Die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen müsse deshalb zu einem vorrangigen und ressortübergreifenden Thema der Bundesregierung werden: „Dieses Thema kann nicht – wie bisher – in die alleinige Zuständigkeit des Familienministeriums fallen!“

## Thema nicht totschweigen

Auch SoVD-Präsident Adolf Bauer, der die Teilnehmerinnen im Namen des SoVD-Bundvorstandes willkommen geheißen hatte, mahnte: „Körperliche Gewalt, sexuelle Nötigung, psychische Unterdrückung von Frauen gehören auch in Deutschland und in Europa viel stärker auf die politische Tagesordnung.“ Und: „Wir können und müssen zur Bewusstseinsbildung und Sensibilisierung für dieses viel zu oft ‚totgeschwiegene‘ Problem beitragen, das sich

durch alle sozialen Schichten zieht und jede Frau jederzeit betreffen kann.“

Über die Situation von Frauen mit Behinderung, die in besonders hohem Maße von häuslicher Gewalt betroffen sind, referierte Martina Puschke von Weibernetz e.V., der politischen Interessenvertretung behinderter Frauen. Nur zehn Prozent der deutschen Frauenhäuser seien barrierefrei; in manchen Bundesländern gebe es kein einziges barrierefreies Frauenhaus, berichtete Puschke. „In diesem reichen Land scheitert es an der Finanzierung, Frauen mit Behinderung ausreichend vor Gewalt zu schützen, obwohl der Schutz in der UN-Behindertenrechtskonvention festgeschrieben ist.“

## Desolate finanzielle Situation

Die Lobbyarbeit gegen Gewalt gegen Frauen war Gegenstand des Statements von Katja Grieger, Geschäftsführerin des Bundesverbandes Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe (bff). Dem bff sind 170 ambulante Fachberatungsstellen aus dem Bundesgebiet angeschlossen, die gewaltbetroffene Frauen und Mädchen unterstützen, beraten und begleiten. Auch hier ist die mangelhafte finanzielle Ausstattung ein zentrales Thema. „Dies ist für die Gewaltbetroffenen im Einzelfall, aber auch in gesellschaftlicher Hinsicht dramatisch“, beklagte



**Martina Puschke**  
Weibernetz e.V.

*Die Lücken im Schutzsystem für Frauen mit Behinderung sind immens. In Deutschland sind nur zehn Prozent der Frauenhäuser überhaupt zugänglich für Frauen, die eine Behinderung haben.*



**Katja Grieger**  
Bundesverband bff

*Ein zentrales Thema unserer Lobbyarbeit ist derzeit die desolate finanzielle Ausstattung der Fachberatungsstellen. Wer mit dem Rücken an der Wand steht, kann anderen schlecht den Rücken stärken.*



**Eva Risse**  
ZIF

*Sicher, schnell und unbürokratisch – so müsste der Zugang gewaltbetroffener Frauen und ihrer Kinder zu Schutz und Unterstützung sein. Stattdessen gleicht er vielerorts einem Hürdenlauf.*

**Auf dem Podium (v. li.): SoVD-Bundesfrauensprecherin Edda Schliepack, Eva Risse (ZIF – Zentrale Informationsstelle Autonomer Frauenhäuser), Moderatorin Susanne Lörx, Martina Puschke (Weibernetz e.V. – Politische Interessenvertretung behinderter Frauen) und Katja Grieger (Bundesverband Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe (bff)).**

Grieger. „Wir arbeiten neben der Unterstützung im Einzelfall auch daran, dass Gewalt dauerhaft reduziert wird und dass Vorurteile gegenüber den Betroffenen abgebaut werden. Und genau diese Arbeitsfelder – Prävention, Sensibilisierung und Öffentlichkeitsarbeit – kommen zu kurz, wenn das Geld, das Personal, die Kapazitäten nicht ausreichen.“

Grieger machte sich zudem für einen besseren rechtlichen Schutz stark: „Es ist eine große

Entlastung für Gewaltbetroffene, wenn sie erleben, dass das, was ihnen angetan wurde, auch vom Staat, von der Justiz, als Unrecht eingestuft wird.“

Im Anschluss an die Referate diskutierten die Referentinnen gemeinsam mit SoVD-Frauensprecherin Edda Schliepack auf dem Podium und im Plenum über die Forderungen von Frauen an die Politik.

„Wie geht es weiter in der Frauenpolitik?“ war auch das Thema, dem sich die Frauenpolitischen

Sprecherinnen und Sprecher der vier Fraktionen im Bundestag – mit z.T. kontroversen Positionen – stellten. Geführt wurde die Diskussion von Susanne Lörx, die die Gesamtmoderation innehatte.

In ihrem Schlusswort bekräftigte Edda Schliepack die Forderung der Frauen im SoVD an die Politik, endlich weitgreifende Maßnahmen gegen die Gewalt an Frauen und Kindern vorzunehmen. *veo*



Fotos: Simone M. Neumann

**Die frauenpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der vier Fraktionen im Bundestag diskutierten im Plenum (v. li.): Marcus Weinberg (MdB CDU/CSU), Cornelia Möhring (MdB Die Linke), Ulle Schauws (MdB Bündnis 90/Die Grünen) und Sönke Rix (MdB SPD). Oben im Bild: SoVD-Präsidiumsmitglied Edda Schliepack.**